

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Verabbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 264 B

BERLIN • Mittwoch, den 9. November 1932

1. JAHRGANG

Rache für den BVG-Streik. Sondergerichte gegen „Streikverfehlungen“.

BVG-Streik beendet.

R.H. Nachdem am Sonntag die Streiklage noch ziemlich unverändert war und der Verkehr über einen schwachen Teilverkehr nie hinauskam, nachdem am Montag früh sogar zeitweise eine Verringerung dieses Teilverkehrs zu beobachten war, konnte im Laufe des Montags die Zahl der befahrenen Linien und der Wagen wesentlich vermehrt werden. Am Dienstag hat nun die zentrale Streikleitung erwartet schnell das Signal zur Wiederaufnahme der Arbeit gegeben. Trotz alledem ist es ein höchst zweifelhafter „Sieg“ der BVG-Verwaltung und sie wird sicher nicht so bald wieder einen derartigen Kampf provozieren. Die Gründe für die Unmöglichkeit, bis zum siegreichen Ende durchzuhalten, lagen diesmal in viel geringerem Maße bei der zentralen Streikleitung, sie sind in erster Linie zu suchen auf Seiten des im Gesamtverband sich breitmachenden Reformismus und des bisher in dieser Schärfe noch nicht dagewesenen Polizeiterrors. Wäre dieser Polizeiterror gegen Arbeiter, die gegen ihre Entrechtung kämpften, nicht gewesen, hätte er beispielsweise nicht gleich zu Anfang des Streiks auf „höhere Weisung alle Streikposten verhaftet“ werden, so wären Sabotageakte in dem vorgekommenen Umfang nicht nötig und wahrscheinlich ganz zu vermeiden gewesen, vor allem wäre es jedoch nicht zu Tötungen und Verletzungen von vielfach unbeteiligten Menschen durch die Polizeibeamten gekommen.

Daß das Nichtnachgeben der BVG-Direktion gegenüber den berechtigten Forderungen ihrer Arbeiter nur noch eine Machtfrage und eine Frage des äußeren „Ansehens“ war, bewies allein der Umstand, daß

der Ausfall durch den Verkehrsstreik der BVG mehr Schaden zufügte als ihr der erreichte Lohnabbau während eines ganzen Jahres einbringen wird!

Die traurige Haltung des Gesamtverbandes.

Der Gesamtverband erläßt in der Dienstagmorgen-Nummer des „Vorwärts“, des Zentral-Organs der Streikbrecher, einen Aufruf zum Ausgang des BVG-Streiks. Einige bezeichnende Stellen seien herausgegriffen.

Das Täuschungsmanöver der Urabstimmung.

Wenn sich der Gesamtverband schon auf den Wörtlaut seiner Satzung stützen wollte, so war die Vornahme einer Urabstimmung für ihn von vornherein ein Trugspiel, denn wie es auch ausgehen mochte, eine „satzungsmäßige“ Mehrheit von 75 Prozent der Organisierten für den Streik konnte nur zustande kommen, wenn der Gesamtverband diese Forderung moralisch stützte. Hätte diese Urabstimmung auch eine Mehrheit von 90 Prozent der Belegschaft ergeben, so konnte der Gesamtverband den Streikbeschluss doch immer noch als nicht „satzungsmäßig“ ablehnen, wenn sich keine Dreiviertelmehrheit der wenigen bei ihm Organisierten darunter befand.

Der reformistische Gesamtverband lehnte einen Streik ab unter der billigen Vorgabe, er könne gegen die Notverordnung nicht anrennen. Trotzdem polemisiert er gegen die Streikleitung, die durch ihr vorzeitiges Losschlagen „sich die Waffe des Streiks als letztes Mittel“ nicht aufgespart habe! Das ist wirkliche Doppelzüngigkeit! Einerseits behauptet man, aus gesetzlichen Gründen keinen Streik führen zu können, andererseits wollte man sich den Streik als „letztes Mittel“ aufsparen. Wer wird unter solchen Umständen noch an den „Kampfwillen“ dieser Verbandsleitung glauben?

Zum Schluß muß noch ein Vorwurf gegen die Streikleitung scharf zurückgewiesen werden, die angeblich „weder die Fähigkeit noch den Willen“ hatte, „die Streikaktion im Interesse der Verkehrsarbeiter auszuwerten“ und die sich „mit der Erklärung der Direktion abfinden, daß sie mit diesem „Einheitskomitee“ nicht verhandeln“. Wie war die Wirklichkeit? Als die Kommission bei der Direktion vorsprechen wollte, wurde sie von Kriminalkommissaren empfangen und verhaftet! So sah das Sichabfinden mit der „Erklärung“ der Direktion aus!

So sieht die Lage aus: Statt einer einheitlichen Führung des Kampfes (die BVG-Kollegen selber waren einig!) eine Beschimpfung der Leitungen. Daß solche Kämpfe verloren gehen müssen, leuchtet ein. Behoben werden solche Schwierigkeiten nur durch den Abbruch der gesonderten RGO-Taktik und den Druck der wieder vereinigten Kollegen auf die reformistische Führung.

Hk. Die Berliner Gerichte haben Arbeit im Klassenkampf: am Montag begann der Schnellrichter, Arbeiter, die

anlässlich des Berliner Verkehrsstreiks

verhaftet worden waren, abzuurteilen. Etwa 15 „Fälle“ hat er am Montag „erledigt“ — das ist erst Vorgeplänkel. Die Höchststrafe war dabei drei Monate Gefängnis, mit denen der BVG-Arbeiter Peterson bestraft wurde, weil er auf dem Alexanderplatz, als die erste Streikbrecherbahn anrückte, gerufen hatte: „Holt die Hunde runter!“ Bei den übrigen Fällen handelte es sich meist um Widerstand gegen Polizeibeamte, um Stehenbleiben trotz der Aufforderung zum Weitergehen.

Schlimmer ist das, was offensichtlich geplant ist:

gegen 20 Arbeiter ist bereits vor dem Berliner Sondergericht Anklage erhoben worden.

Wochenlang hat diese Unterdrückungsmaschine stillgestanden (man verhandelt seit Montag sogar gegen Kommunisten wegen eines schweren Zusammenstoßes mit Nazis in Berlin nicht vor dem Sondergericht, sondern vor einer Großen Strafkammer). Uns scheint, daß besonders unter dem Eindruck des großen Berliner Kommunistenprozesses vorsichtige Richter weniger geneigt sind, die Justiz ohne Not einer derartigen Blamage auszusetzen, wie es infolge der einseitigen Arbeit von Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft damals geschah. Jetzt aber ist Not: der Streik der Verkehrsarbeiter ist den Bürgern in die Knochen gefahren, jetzt muß etwas geschehen. Pape hat im Rundfunk neulich „keinen Zweifel darüber gelassen“, daß gegen die Berliner „Friedensstörer“ mit aller Schärfe vorgegangen werden. Es besteht kein Zweifel über die Absicht, die Zuchthaus-Notverordnung anzuwenden.

Der Klassenkampfcharakter der Sondergerichte ist bisher kaum deutlicher ans Licht getreten als in diesem Falle:

Pape erläßt eine Notverordnung, die im Interesse des Lohnraubs einen ordnungsmäßigen Arbeitsvertrag mit einem Federstrich beseitigt; die Arbeiter setzen sich zur Wehr — und sofort wird das Klasseninstrument wieder scharf gemacht.

Rote Roben in Berlin.

Lokaltermin im Bullerjahn-Prozeß.

Hk. Zum ersten Mal ist ein ganzer Senat der Leipziger Richter mit den roten Roben in Berlin erschienen: zur Bullerjahn-Verhandlung, mit der einige Lokaltermine verbunden sind.

Auch die erste Berliner Verhandlung am Montag zeigte, auf wie schwachen Füßen die Indizien stehen, mit denen man Bullerjahn auf Jahre ins Zuchthaus gebracht hat. Da ist z. B. keine Rede davon, daß der Werksicherheitsbeamte Spallek in der Hand des französischen Leutnants Jost, als dieser zur Revision erschien, wirklich eine Skizze des Werks erkannt hat: ein zusammengefaltetes Papier hat er in der Hand gehabt. Sein Zusammentreffen mit Bullerjahn im Horstweg vor der Wohnung des französischen Leutnants schildert Spallek völlig anders als früher; sodaf der Vorsitzende die auffallende Unsicherheit dieses Belastungszeugen unterstreicht:

Vorsitzender: Herr Zeuge, ich muß sagen, Sie lassen uns etwas im Stich — versteht sich: bei unseren Bemühungen, klar zu sehen.

Ich hatte den Eindruck, daß die öffentliche Atmosphäre, in der jetzt der Prozeß vor sich geht, das Bewußtsein um die skandalösen Tatsachen, die inzwischen bekanntgeworden sind und zur Wiederaufnahme des Verfahrens genötigt haben, manchen Zeugen zur Vorsicht veranlassen.

Trotz Widerspruchs des Verteidigers Rosenfeld beschließt das Gericht, die Besichtigung bei den Berlin-Karlsruher Industrie-Werken in Wittenau am Dienstag unter

Ausschluß der Öffentlichkeit

und der Presse vorzunehmen, „weil zu besorgen ist, daß die Staatssicherheit gefährdet werden kann“!

(Weitere Einzelheiten über den Prozeß im Innern des Blattes.)

AUS DEM INHALT:

Die bürgerliche Welt und der Friede.
Was wollen wir jungen Genossen?
Zum Prozeß Bullerjahn.
Todesurteil gegen die Negerjungen aufgehoben.
Eine Ausstellung des Hungers.
Norwegen in der Krise.

das man in Berlin einstweilen schamvoll in die Ecke gelegt hätte.

Die Antwort sollte ein Kampf der Arbeiter ums Ganze sein: eine geschlossene Streikfront, Unterstützung der BVG-Kollegen durch Sympathiestreiks, bis die Maßregelungen und Strafverfolgungen anlässlich des BVG-Streiks zurückgenommen sein würden. Man braucht diese Forderung nur auszusprechen, um zu erkennen, wie fiederlich und kurzschichtig auch die kommunistische Politik ist, die den Streik und die reformistische Feigheit bei diesem Streik zum Wahlkampf gegen den „Hauptfeind“ ausnutzt, um den Kampf einen Tag nach der

Wahl abblasen zu müssen, statt durch vorbehaltlose Organisierung der Einheitsfront die Arbeiter zur Abwehr zu befähigen. Mit der jetzt drohenden Niederlage der Arbeiter ist der Berliner Wahlerfolg der Kommunisten zu teuer bezahlt.

Was Papes Hoffnungen auf Einschüchterung angeht, so ist es sehr gut möglich — und wir wollen daran arbeiten, daß es so kommt —, daß er sich schneidet; daß die Quälerei der Ausgebeuteten ihre Empörung zur Flamme anfaßt.



Selbstverteidigung und Faustrecht.

Schleicher zur Gleichberechtigungsfrage.

„Das Recht des Individuums auf Selbstverteidigung“ ist das neueste Schlagwort, mit dem Schleicher die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung plausibel zu machen sucht. Er behauptet, daß dieses Recht einer der ältesten und weithin anerkannten Grundsätze der Gerechtigkeit sei, ohne den eine geordnete Existenz unmöglich ist: Sollte Herr Schleicher sich überhaupt irgend etwas bei seiner Behauptung gedacht haben, so raten wir ihm, einen Blick auf den Straßenverkehr einer Großstadt zu werfen und sich zu fragen, welche Aufgabe den Schutzleuten in diesem Verkehr zufällt: Eine geordnete Existenz im Zusammenleben der Menschen ist überhaupt erst dann möglich, wenn die Selbstverteidigung der einzelnen abgelöst ist durch eine allen einzelnen überlegene Macht, die das Recht der Menschen sichert. Der nach Schleicher „weithin anerkannte“ Grundsatz der Selbstverteidigung ist also der des Faustrechts. Da dieser Grundsatz für den Aufbau eines vernünftigen Staatswesens ebenso wenig in Frage kommt wie für die vernünftige Regelung internationaler Beziehungen, so können wir uns die Prüfung der Folgerungen, die Schleicher aus ihm zieht, ersparen.

Interessant ist nur noch die Stelle, an der sich die Schleicherschen Ausführungen dieses Mal finden. Sie stehen in „Daily Express“, dem englischen Revolverblatt, das zur Zeit der ansteigenden Nazistimmen einen ständigen Begleiter für Hitlers Deutschlandflüge entsandte. Jetzt hat sich für das Blatt die Konjunktur gewandt: Schleicher ist Trumpf!

Inzwischen wurde bekannt, daß der Schleichersche Artikel in der „Daily Express“ der „Leipziger Illustrierten Zeitung“ vom 21. Juli wörtlich entnommen wurde.

Die bürgerliche Welt und der Friede.

Stimmen zum französischen Plan.

Wie schon die Rede von Paul-Boncour in Genf zeigte, ist die Ansicht, die auf Grund der Kammerrede von Herriot an manchen Stellen entstanden ist, daß der französische Plan keine Abrüstungs-, sondern nur Sicherheitsbestimmungen enthält, nicht richtig. Der Plan gründet sich sogar auf eine Verringerung der Rüstungen und sucht die Bedingungen zu bestimmen, unter denen sie vorgenommen werden soll.

Am Tage nach Herriots Kammerrede erfuh man, daß er zwei Punkte seines Planes „vergessen“ hatte. Der eine dieser Punkte bestimmte, daß der Plan den Mächten mit Ueberseebesitzungen besondere bewaffnete Kräfte zubilligt. Dieser Zusatz

enthält nicht nur eine förmliche Sanktionierung der kolonialen Ausbeutung, sondern er öffnet auch den Umgehung der Abrüstungsbestimmungen Tür und Tor.

Man beginnt jetzt zu verstehen, wie es möglich war, daß Herriot sich in London so gut mit MacDonald verstanden hat.

Eine Erläuterung zu der Forderung der internationalen Kontrolle: Es scheint, daß internationale Kommissionen in regelmäßigen Abständen Inspektionsreisen vornehmen sollen, und daß in allen Ländern besondere Truppenkontingente bereitstehen sollen, um sich sofort auf jeden Angreifer oder Verletzer der internationalen Verträge zu stürzen. Nelson schrieb 1924 über einen solchen Versuch:

„In der Tat, wenn die Staaten sich auch dem Zentralorgan des Bundes vertraglich verpflichten, Truppenkontingente zur Verfügung zu stellen, sobald dies erforderlich ist, um einen Staat des Bundes vor einem Angreifer zu schützen, so hat das Zentralorgan doch keine Macht, widerspenstige Staaten zur Entscheidung zu zwingen. Es ist doch nicht einmal sicher, daß eine Einigung darüber zustande kommt, wer eigentlich der Angreifer und wer der Angegriffene ist, gegen wen und für wen die Bundesgewalt überhaupt in Kraft treten soll.“ („System der Philosophischen Rechtslehre und Politik“, Seite 538.)

Es scheint, daß Herriot ursprünglich noch einen sogenannten „Minimumplan“ vorhatte mit einer weitgehenden Annäherung an den Hoover-Plan. Diesen „Minimumplan“ haben angeblich die Generäle zu Fall gebracht,

sodass Herriot nichts weiter übrig blieb, als einen Plan zu entwerfen, mit dem die Generäle einverstanden sind.

Es ist schwer zu beurteilen, was an diesen Gerüchten wahr ist, doch steht fest, daß der Ministerpräsident seinen Plan der Kammer erst vorgelegt hat, nachdem die Generäle ihn gebilligt hatten.

Die kommunistische „Humanität“ lehnt den französischen Plan ab als einen Versuch, den Mangel an Bereitschaft zur Abrüstung hinter einem unannehmbaren Plan zu verbergen. Wir sind nach der Lage der Dinge weit davon entfernt, diese Auffassung ohne weitere Untersuchungen zurückzuweisen.

Léon Blum war sich in der großen Kammerdebatte über die Abrüstung mit Herriot darin einig, die Frage vom nationalen Standpunkt aus zu betrachten. Beide haben davon gesprochen, daß es nicht im Interesse Frankreichs liege, angesichts der Regierung Pape abzurüsten und daß die Ehre Frankreichs

es erfordere, alle nur möglichen Versuche zur Sicherung des Friedens zu machen.

Blum hat noch hinzugefügt, daß er jedoch seine

Hoffnung auf die deutsche Demokratie

setze. Er glaube an das Wiedererwachen der deutschen Demokratie und daran, daß die Sozialdemokratie „ihr ganzes Gewicht in der Geschichte Deutschlands bei den nächsten Wahlen geltend machen werde“. Das Wahlergebnis vom 6. November hat Blum vielleicht von solchen Illusionen geheilt. Da Herriot von vornherein frei davon war, bedeutet es unserer Meinung nach mehr, wenn Herriot für die Abrüstung eintritt, als wenn Blum es tut. Denn was wird Blum tun, wenn die Demokratie in Deutschland nicht wieder erwacht, womit man ja heute schließlich rechnen muß? Die Frage, auf die Blum die Antwort schuldig geblieben ist, ist die: Was werdet Ihr tun, wenn morgen ein von Reaktionären beherrschtes Deutschland, im Bunde mit dem von Faschisten beherrschten Italien, sich gegen Frankreich wendet? Wenn diese Möglichkeit auch, von Deutschland aus gesehen, vorerst noch wenigstens in weite Ferne gerückt scheint, so wird sie in Frankreich doch als unmittelbare Gefahr betrachtet, und aus diesem Grunde müßten die Sozialisten in der Lage sein, eine Antwort auf die gestellte Frage zu geben. Sie wird schwerlich so ausfallen können, daß die Sozialisten international damit zufrieden sein könnten. Blum darf seinen Pazifismus weder an „Frankreichs Ehre“ noch an das Wiedererwachen der deutschen Demokratie knüpfen.

Im „Populaire“ verhält sich Blum dem französischen Plan gegenüber jetzt sehr zurückhaltend und begrüßt eigentlich nur den Teil, der sich auf die Schaffung von Volksheeren bezieht, worin er eine Anlehnung an die Ideen Jaürés sieht. Trotzdem darf man nicht übersehen, daß Herriot durch seinen Plan in sehr geschickter Weise eine Annäherung der Sozialisten an seine Politik zustande gebracht hat. Das ist vielleicht das zunächst wichtigste Ergebnis der Bekanntgabe des französischen Planes. Ubrigens verhält sich auch die „Ere Nouvelle“, die offizielle radikale Zeitung bei allem Lob, das sie der Regierung spendet, ein wenig skeptisch, und zwar gegenüber der Rolle der Volksheere, die sie als eine nicht nur defensive Waffe ansieht.

Die vollste Zustimmung findet der Plan bezeichnender Weise im „Temps“, der Zeitung der Schwerindustriellen, während die noch weiter rechts stehende Presse ihn als die Sicherheit Frankreichs gefährdend ablehnt.

Einig sind sich alle darin, daß der französische Plan als wichtigste Neuerung

die Bereitwilligkeit der Abänderung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages

enthält. In der Tat wird diese Bereitwilligkeit auf Seiten der Regierung zugegeben.

Gerhard Kumleben (Paris).

Frankreich wirbt um Italien.

Die deutsche Rechtsprelle heult.

Die Äußerung, die Herriot vor dem Parteitag in Toulouse über die Besserung der französisch-italienischen Beziehungen getan hat, steht nicht allein da. Herriot selber hat, nach seiner Rückkehr nach Paris, im Anschluß an einen Kabinettsrat Pressevertretern gegenüber noch einmal nachdrücklich betont, die Beziehungen zu Italien müßten auf eine vernünftige Grundlage gebracht werden; die Nadelstichpolitik dürfe nicht andauern. Herriots Bemühungen werden ferner unterstützt durch einen Aufsatz, den der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses des französischen Senats, Henri Béronger, in der „Agence Economique et Financière“ veröffentlicht. Béronger betont — worauf auch Herriot den Journalisten gegenüber hingewiesen hatte —, welche Bedeutung Italiens Eingreifen im Weltkrieg für Frankreich gehabt habe. Er fordert ein französisch-italienisches Bündnis.

Die politische Bedeutung solcher Äußerungen geht deutlich hervor aus der gehässigen und hämischen Beurteilung, die sie in der deutschen Rechtsprelle erfahren. „Ungewohnte Verbeugung nach Rom“, ... stimmt in das Liebeswerben um Italien ein ... und ähnliche Äußerungen; das sind die Schlagzeilen, mit denen über die Worte Herriots und Bérongers berichtet wird. Die scharfen Ausdrücke, mit denen Mussolini und Grandi sich in jüngster Zeit gegen Frankreich wandten, haben in Deutschland die Hoffnung auf eine deutsch-italienische Einheitsfront gegen Frankreich geweckt. Herriot scheint diese Hoffnung zu durchkreuzen: er läßt sich nicht isolieren.

Die bewährte Genfer Taktik.

Das erste Ergebnis des Wirtschaftsausschusses.

Nachdem die geheimnisvollen Verhandlungen des Sachverständigen-Ausschusses für die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz sich zehn Tage lang hingezogen haben, wurden in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Unterausschüsse, deren bisherige Ergebnisse der Öffentlichkeit anvertraut:

1. Die Vorbereitung der Konferenz sei schwieriger, als man ursprünglich angenommen habe. 2. In der Frage der internationalen Schuldenregelung könne man nichts machen, ehe die Stellungnahme der neuen amerikanischen Regierung vorliege. 3. Der Ausschuß ist zu keiner sachlichen Stellungnahme in der Frage der Kontingente und Zolltarife gelangt. 4. Dem Ausschuß ist es nicht gelungen, eine Tagesordnung für die Londoner Weltwirtschaftskonferenz aufzustellen oder die Arbeiten mit irgend welchen praktischen Ergebnissen abzuschließen.

Genf steuert jetzt, wie „unterrichtete Kreise“ bereits mitteilen, weiter auf den würdigen Wegen der Mandchurien-

hineinzuziehen. Wir haben ja gar nichts gegen die Deutschen; aber die Hitlerianer wollen den Krieg gegen uns beginnen. Da muß man eben kämpfen, was, Jungens?“

In Deutschland versucht man das Volk davon zu überzeugen, daß alle Nachbarstaaten nur darauf lauern, das entwaffnete und besiegte „Vaterland“ zu überfallen. In Frankreich dagegen bedient man sich des noch in weiten Kreisen vorhandenen gesunden Gefühls für Gerechtigkeit und Freiheit, um das Volk gegen die Gegner dieser Ideale in den Krieg zu locken und so zu verdecken, daß die Arbeiter in Wirklichkeit nur für die Kapitalistenklasse beider Länder kämpfen würden.

Luftschutz.

In der „Rügenwalder Zeitung“ stand kürzlich in mehreren Nummern ein Aufruf des Bürgermeisters. Er trägt das Datum vom 15. Oktober und den vielversprechenden Titel: „Luftschutz“ und erweckt den Eindruck, als seien „künftige Kriege“ etwas völlig Selbstverständliches, womit man zu rechnen hätte wie mit der Flut nach der Ebbe. Der Aufruf beginnt folgendermaßen:

„In künftigen Kriegen wird offenbar die Flugwaffe eine weit größere Rolle spielen als in der Vergangenheit. Der Angriff feindlicher Luftfahrzeuge wird sich nicht auf militärische Ziele beschränken, sondern unter Umständen das ganze Land heimsuchen. Luftangriffe können schon vor der Mobilmachung einsetzen, also völlig überraschend kommen. Aufgabe des zivilen Luftschutzes ist es, durch gute Organisation und ausreichende Vorbereitung die Wirkung des Luftkrieges für die Zivilbevölkerung herabzumindern.“

Auf die Einleitung folgt ein Abschnitt mit der Überschrift: „Was ist schon jetzt zu tun?“ Darin wird u. a. aufgezählt, was im Keller alles aufgehoben werden soll, und was in den Bodenkammern. Zum Schluß:

„Die Bodenkammern aufräumen; alles entbehrliche Gerümpel rechtzeitig (?) beseitigen!“

„Was ist bei drohender Kriegsgefahr sofort zu tun?“ und „Was ist bei Luftschutzalarm zu tun?“ sind die weiteren Fragen, auf die in diesem Dokument eine Antwort gegeben wird. Mit einer Genauigkeit, als handele es sich um die aktuellsten Fragen der Gegenwart, wird hier gesagt, was bei

Bonesch über den europäischen Frieden.

Vor dem Auswärtigen Ausschuff des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses sprach der Außenminister Bonesch über die Aufgaben der Abrüstungskonferenz. Ihr Schicksal hänge von zwei Fragen ab: der deutschen Gleichberechtigung und einer Organisation des Friedens. Der Friede auf dem europäischen Kontinent hänge im wesentlichen von der Einigung der drei Großmächte Frankreich, Italien und Deutschland ab. Frankreich sei zu einem Ueberkommen mit den beiden anderen bereit; was diese unternehmen würden, sei vorläufig noch nicht sicher. Wenn sie den Abschluß eines solchen Paktes ablehnten, dann bedeute dies einfach,

daß sie sich eine Kriegsmöglichkeit zwecks Aenderung des gegebenen Zustandes offenhalten wollten.

Das Unterhaus zur Abrüstungsfrage.

Nachdem im englischen Unterhaus vor einigen Tagen eine Entschließung mit den Unterschriften von 40 Konservativen eingebracht worden ist, die von der Regierung fordert, in der Abrüstungsfrage nichts ohne vorherige Verständigung des Parlaments zu unternehmen, haben jetzt 60 andere Abgeordnete, darunter Mitglieder fast aller Parteien, in einer Entschließung gefordert, die Sache der internationalen Abrüstung mit der größtmöglichen Eile zu betreiben.

und Abrüstungsfrage. Das Motto lautet auf jeden Fall: Nur keinen der Mächtigen verärgern durch konkrete Forderungen. Es wird angenommen, daß die Weltwirtschaftskonferenz nicht vor dem nächsten Frühjahr stattfinden wird, damit die praktische Teilnahme der amerikanischen Regierung gesichert wird.

Der Zollkrieg zwischen England und Irland hat sich weiter verschärft: Nach De Valeras Erklärung, die Landentschädigungen für andere Zwecke zu verwenden, hat die englische Regierung die Zölle auf irische Waren weiter erhöht.

Die Wirkung der italienischen Amnestie.

Die Zahl der in Italien wegen antifaschistischer Taten Verurteilten betrug am 4. November dieses Jahres 1056. Von ihnen fallen 639 unter die Amnestie. Am gleichen Tag betrug die Zahl der wegen ihres Kampfes gegen den Faschismus Verbannten 983; dazu kommen noch 103 Angeklagte, gegen die das Verfahren im Gang war. Von ihnen werden auf Grund der Amnestie in den nächsten Tagen 595 freigelassen. Von den wegen gemolter Vergehen Verurteilten werden 15 000 bis 20 000 durch die Amnestie erfaßt.

Bei den Landtagswahlen in Vorarlberg (Oesterreich) haben die Christlichsozialen ihre Zweidrittelmehrheit behauptet. Die SP hat nur noch 4 Sitze (vorher 6), die NS, die vorher gar nicht im Landtag vertreten waren, haben zwei Sitze erhalten.

Wie steht Tschiangkaischeck?

Während General Tschiangkaischeck vor wenigen Tagen in einem Dementi den Verdacht, daß er künftig eine japanfreundliche Politik betreiben wolle, von sich wies; geht aus japanischen Proseemeldungen über die Erklärung des japanischen Kriegeministers Araki hervor, daß dieser in der Haltung Tschiangkaischecks Japan gegenüber eine freundschaftliche Schwankung entdeckt habe. Tschiangkaischeck habe kürzlich gewisse Annäherungsversuche gemacht, die auch in japanischen Kreisen großes Verständnis gefunden hätten. Araki meint aber, Tschiangkaischecks Einfluß sei in China sehr stark zurückgegangen. Mit einem unmittelbaren Eingreifen Tschiangkaischecks in die chinesisch-japanischen Beziehungen sei zur Zeit nicht zu rechnen.

Schwere Kämpfe zwischen chinesischen und japanischen Truppen sind südlich von Charbin im Gange. Die Stadt Schuangtschenpu wurde geplündert und 100 Häuser vollständig niedergebrannt.

Kriegstreiber am Werk.

Ein Großindustrieller sieht Gespenster.

H. M. In zwei Briefen, die er an die französische „Ere Nouvelle“ geschrieben hat, bemüht sich der deutsche Großindustrielle Arnold Rechberg, der französischen Öffentlichkeit weiszumachen, daß die „ungeheure Mehrzahl des deutschen Volkes“ von folgenden Dingen „fest überzeugt“ sei:

1. Der Weltkrieg ist für Deutschland ein Verteidigungskrieg gewesen.

2. Eines Tages, der in nicht allzu weiter Ferne liegt, wird Frankreich, unter irgend einem Vorwand, das Rheinland und Westfalen besetzen. Das wird geschehen, sobald die Engländer in Asien oder anderswo so sehr beschäftigt sind, daß sie Frankreich an einem solchen Schritt nicht hindern können.

3. Polen wird die erste Gelegenheit wahrnehmen, um Ostpreußen zu erobern.

4. Sobald ein Konflikt zwischen Polen und Deutschland besteht, würde die Tschechoslowakei Sachsen erobern!

Aus diesem Grund, so meint Rechberg, sei die „ungeheure Mehrheit“ des deutschen Volkes um seine Sicherheit besorgt — was allerdings die „Ere Nouvelle“ dazu veranlaßt, höflich anzudeuten, daß sie um seinen Geisteszustand besorgt sei. Wenn es auch glatter Schwindel ist, daß die „ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes“ an derartig phantastische Gefahren, wie Rechberg sie schildert, glaubt, so dient diese Gespensterseherei, noch dazu in einer französischen Zeitung, doch der weiteren Schürung der ohnehin schon täglich steigenden Kriegspsychose.

Wenn du den Frieden willst . . .!

Aehnliche Methoden, wie Rechberg sie zur Vergrößerung der Kriegsgefahr anwendet, sind auch bei seinen Kollegen in Frankreich üblich. Ein Hauptmann begrüßte die eben zur Militärdienstpflicht eingezogenen Rekruten u. a. mit folgenden Worten:

„Ihr versteht, man muß den Krieg vorbereiten. Man sucht uns Franzosen auf Schritt und Tritt in Streifigkeiten

Sprengbomben, Brandbomben- und Gasbombenangriffen zu tun ist, mit welchen Zeichen die Schutzräume markiert sind u. s. v.

„Der Fliegeralarm wird in Rügenwalde angekündigt durch 5 Minuten langes anhaltendes Läuten der Belglocke der Marjkenkirche; er wird aufgehoben durch dreimaliges Läuten derselben Glocke von je 1 Minute Dauer mit Pausen von 1 Minute.“

Derselbe Bürgermeister, der diesen Aufruf von sich gegeben hat, richtete am 21. Oktober an Hauswirte in Rügenwalde folgendes Schreiben:

„Im Falle eines Angriffs durch feindliche Luftstreitkräfte erfordert die Durchführung des zivilen Luftschutzes die Beschlagnahme von Kellerräumen Ihres Hauses . . . für die Unterbringung von schutzsuchender Bevölkerung.“

Es wird beabsichtigt, schon jetzt an dem Kellerzugang ein kleines Blechschildchen zur Kennzeichnung der beabsichtigten Verwendung anzubringen, damit im Alarmfalle eine reibungslose Durchführung der Luftschutzmaßnahmen gesichert ist.“

Welche Feinde sollten eigentlich die Rügenwalder Bevölkerung mit ihren Luftstreitkräften angreifen, und zwar vielleicht „schon vor der Mobilmachung, also völlig überraschend“?

Auch in Frankreich werden umfangreiche Vorrichtungen zum Gasschutz getroffen — wenn auch die französische Bevölkerung, von der Arbeiterschaft gar nicht zu reden, dieser Angelegenheit keineswegs das Interesse bezeugen, das seit einiger Zeit in Deutschland dafür üblich ist.

In Frankreich werden zum Schutz vor Gas und Fliegerbomben unterirdische Kasernen gebaut, die mit allem Komfort und allen modernen Schutzvorrichtungen ausgestattet sind. Ein Hauptmann, der den jungen Rekruten eine solche Kaserne zeigte, meinte lächelnd:

„Na, Jungens, im nächsten Krieg wird man lieber Soldat als Zivilist sein wollen!“

Wo bleibt die internationale Einheitsfront des Proletariats, die diesem dunklen Treiben in allen Ländern ein Ende macht?

Was wollen wir jungen Genossen von 1918 lernen?

1918, nach vier Jahren Völkermorden, kamen unsere Väter kriegsmüde aus dem Felde zurück. Aber begeistert nahmen sie die Knarre wieder in ihre Fäuste, als es galt, ein sozialistisches Deutschland aufzubauen. Mit roten Fahnen zogen Millionenmassen durch die Straßen, alle ein Herz, ein Wille, ein Tritt. Überall wurde die rote Fahne aufgezogen, fast ohne Blutvergießen wurde alles erobert.



Aber im Hintergrund erhob sich schon wieder die Reaktion, die reaktionären Offiziere als die Vorhut von Kapitalisten und Großgrundbesitzern. Nur wenige Genossen sahen diesen Feind, sahen, daß die Revolution nur angefangen, aber nicht beendet worden war. Gegen diese wenigen Genossen, die sich erneut um die rote Fahne scharten, setzte der ganze weiße Terror ein. Ermordet wurden sie, mit Minenwerfern und Bomben, mit Handgranaten und Gewehrkolben, mit Spitzeln und Verrat vernichtet. Heldenmütig kämpften sie. Im November, Dezember, Januar bis März, dann wars vorbei. Die Besten ermordet, die übrigen in den Gefängnissen. Es

gab kein gemeines Mittel, das man nicht gegen diese Revolutionäre angewandt hatte.

Die Ermordung der roten Matrosen, Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und all der anderen dürfen wir nicht vergessen, soll ihr Tod nicht völlig umsonst gewesen sein. Nein, Genossen, lernen wir aus den Fehlern unserer Väter, aus der Halbheit und Schwäche, die den Sieg der Revolution vereitelt haben.

Damals haben sie die Macht gehabt; aber ihre Fäuste haben nicht zugeschlagen, haben die Reaktion nicht vernichtet. Und heute ist sie wieder obenauf!

Schwer, fast zum Verzweifeln schwer ist die Aufgabe. Doch wir müssen es schaffen, Genossen! Denken wir an Köbis und Reichpietsch, jene Genossen, die zuerst die Fahne der Empörung aufpflanzten, an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. An sie alle wollen wir uns erinnern, wenn wir müde und kraftlos geworden sind, wenn wir mutlos werden und den Kampf aufgeben wollen, weil er zu schwer erscheint.

Alle unsere Toten mahnen uns: Vollendet das, was wir angefangen haben; laßt die Sache des Sozialismus nicht im Stich.

Um diese gigantische Aufgabe zu erfüllen, brauchen wir Menschen, die der Revolution nicht nur ihre freien Abende, sondern ihr ganzes Leben widmen. Wir brauchen Kämpfer, die einen Willen von Erz, Ausdauer und Mut und die Geduld eines Ochsens besitzen. Arbeiten wir an uns selber, und wir werden es schaffen, Genossen!

Wir werden weiter für die Einheitsfront arbeiten. Nur in geschlossener Front der Arbeiterklasse kann die Reaktion erledigt werden. Erst durch die Machtergreifung und selbständige Machtausübung des Proletariats ist ein sozialistisches Deutschland möglich. Vorwärts, die Zähne zusammengebissen, und weiter!

„Wenn Du nur willst, Prolet!“
Oskar Schmitt.



damals fühlte ich die Schlinge um meinen Hals und wehrte mich dagegen, daß sie zugezogen wird.“

Der Herr Präsident möge verzeihen, aber die Sache mit den Erfahrungsgrundsätzen ist doch nur eine juristische Phrase. Jeder Beruf hat diese Erfahrungsgrundsätze, der Maschinenbauer für seine Maschinen, der Kaufmann für seine Geschäfte und der Jurist für seine Tätigkeit. Er, der Jurist, weiß Bescheid, was innerhalb seines Arbeitsbereiches gut und richtig wäre. Aber würde er es auch wissen, wenn man ihn bäte, an eine Setzmaschine zu treten, um auch nur zu beurteilen, ob der Setzer das Richtige tut? Er könnte es nicht, weil er keine Ahnung hat. Aber so ein Angeklagter, von dem wird Uebermenschliches gefordert. Er soll sich in jeder Phase seines Verfahrens so benommen haben, wie es die Erfahrungsgrundsätze des jeweiligen Gerichtes erfordern.

Die Herren des Reichsgerichts schütteln über die oder jene Handlung Bullerjahns den Kopf, und es ist ihnen das und jenes verdächtig. Aber

gerade das Verdächtige ist für Bullerjahn nach der menschlichen Logik durchaus entlastend.

Beachten wir:

Am 25. Dezember 1924 befand sich Bullerjahn in der Nähe des Horstwegs am Kaiserdamm. Er kommt an jenem ersten Weihnachtsfeiertag aus dem Untergrundbahnhof heraus, steht wenige Schritte vom Polizeipräsidium entfernt, sieht seine Bekannten Langner, pfeift ihnen zu, spricht mit ihnen und geht mit ihnen zu gemeinsamen Bekannten. Seine Absicht, wegen einer neuen Stellung seinen früheren Kollegen Klaus Herms aufzusuchen, hat er inzwischen aufgegeben.

Wenn die frühere Anklage nun Bullerjahn vorwirft, daß er sich hierdurch verdächtig gemacht habe, muß man den Herren des Reichsgerichts „vorhalten“, daß Bullerjahn am 25. Dezember 1924 nicht ahnen konnte, daß das Reichsgericht alle seine damaligen Schritte, Wege, Handlungen unter seine scharfsichtige Lupe nehmen würde. Gerade die von Bullerjahn gegebene Schilderung scheint darauf hinzudeuten, daß er recht hat, wenn er sagt: vielleicht würde ich morgen genau so handeln, wenn ich in der gleichen Lage wäre wie vor acht Jahren.

Hätte Bullerjahn damals gehaut, was ihm alles bevorstand, wahrscheinlich hätte er sich alle seine Wege polizeilich beglaubigen lassen.

Und was den 7. Januar 1925 anbetrifft, so darf doch nicht übersehen werden, daß Bullerjahn den Besuch bei Jost machen wollte, einen Tag, nachdem er im Werk gehört hatte, daß man ihn des Landesverrats bezichtigte. Er handelte sinnlos, so wie ein Verbrecher nie handeln würde. Aber das Faktum muß ganz scharf herausgearbeitet werden: Erstens: Bullerjahn war am 7. Januar 1925 nicht bei Jost; zweitens, er war auch nie früher bei Jost, Abgesehen von den Bekundungen des Leutnant Jost hierüber hat auch das Reichsgericht selber neuerdings ermittelt, daß Bullerjahn nicht bei Jost in der Wohnung war. Das hat die Wirtin von Jost ausgesagt und vor allem die frühere Freundin von Jost, die bekundet hat, daß sie es hätte wissen müssen, wenn Bullerjahn mit Jost in Beziehungen gestanden hätte.

Das Bemühen des Reichsgerichts, für die erste Verurteilung eine Rechtfertigung zu finden, ist verständlich. Aber Herr Senatspräsident Büniger betonte ja einleitend selber, daß es hier nur um Schuld oder Unschuld des Angeklagten ginge. Von jeder politischen Beeinflussung des Verfahrens müsse man sich frei halten. Darum, so möchten wir daraus folgern, darf nichts geschehen, was auch nur den Anschein hat, als bemühe sich das Reichsgericht, eine Entschuldigung für das erste Fehlurteil zu finden.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 7a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Zum Prozeß Bullerjahn. Die Erfahrungsgrundsätze und der Angeklagte.

Die „Liga für Menschenrechte“ bittet uns um Veröffentlichung des folgenden Artikels. Red.

K. G. Wenn es nach den Erfahrungsgrundsätzen des Reichsgerichts ginge, so dürfte es bestimmt nicht Berliner Boden betreten haben, um hier an Ort und Stelle den Prozeß Bullerjahn weiterzuführen. Denn nach den Erfahrungsgrundsätzen hat das Reichsgericht noch nie seinen Wirkungskreis Leipzig verlassen. Also ein neuer Brauch!

Der Hohe Senat des Reichsgerichts wird dieser Tatsache kaum irgend welche Bedeutung beimessen, weil es diesen Akt als einfach notwendig empfindet. Aber die Theorie von den Erfahrungsgrundsätzen scheint nicht mehr zu stimmen.

In der ersten Phase des Prozesses Bullerjahn wurden jene Spaziergänge Bullerjahns in die Nähe des

Horstwegs, wo der französische Leutnant Jost wohnte, als belastende Indizien zur Sprache gebracht. Bullerjahn, der vollkommen einleuchtend die Unklammerung schilderte, in der er sich befand, hat die Sinnlosigkeit, die er begehen wollte, um den Leutnant Jost aufzusuchen, ihn zu stellen, ihn zu einer Erklärung zu zwingen, daß er nichts mit dem Verrat zu tun habe, auch seinem ersten Verteidiger gegenüber verschwiegen. Die Angst hatte ihn gepackt! Da wurde ihm doch die Aussage jener unbekanntem Vertrauensperson vorgehalten, und wenn er jetzt sagen würde: ja, ich war im Horstweg, dann glaubte er, verloren zu sein.

Der Präsident wußte auf diesen Aufschrei einer gequälten Kreatur nichts anderes zu sagen als: „Ja, aber nach den Erfahrungsgrundsätzen hätten Sie doch besser getan, ihrem Verteidiger die reine Wahrheit zu sagen.“ Bullerjahn antwortete schlagfertig: „Ja, Herr Präsident, es ist vollkommen richtig; das sehe ich heute ein. Aber

„Guten Abend, Vater, ich habe ein paar Bekannte mitgebracht. Hans Dörings bester Freund Günther Gerling mit seiner Braut.“

Kowalski steht auf, begrüßt sie alle. Hans kennt er, der war schon einige Male bei ihm. Aber sein Freund, verdammt stattlicher Kerl, und die Braut, auch nicht übel, wie er mit einem Seitenblick auf seine rundliche Frau feststellt.

„Na, denn zieht euch aus und setzt euch“, spricht er. Seine Blicke wandern zu einem Pappkarton, den Hans vorsichtig auf den Boden stellt und aufschürt. Zwei Flaschen Kognak, eine Flasche Rum, eine Flasche Likör und ein Kistchen Zigarren kommen zum Vorschein. Große Augen macht Kowalski, sein Mund verzieht sich zu einem Lächeln, als Hans ihm die Zigarren reicht.

„So, Herr Kowalski, da stecken Sie sich eine an. Ich weiß ja, daß Sie gern rauchen.“

Emmi hat ihm unlängst anvertraut, daß ihr Vater sehr empfänglich ist für Geschenke, besonders, wenn sie Rauch- und Trinkbares darstellen, und Hans will sich von vornherein mit seinem zukünftigen Schwiegervater auf guten Fuß stellen.

Kowalski nimmt die Zigarren dankend an, klopft seine Pfeife aus, öffnet das Kistchen. Verdammt feine Glimmstengels, mit roter, goldumrandeter Bauchbinde. Sehen sehr nobel aus und werden wohl auch nicht billig gewesen sein. Na ja, wenn man mit der Tochter poussiert, muß man dem Vater auch schon was Anständiges zukommen lassen. Während Hans ihm Feuer gibt, schießt er auf sein Ziel los.

„Wie wär's, wenn wir heute abend Verlobung feiern, Herr Kowalski?“

Der schaut ihn einen Moment verblüfft an, schlägt ihm dann lachend auf die Schulter.

„Donnerwetter, du bist ja ein ganz verfluchter Kerl, gehst ran wie Blücher. Also von mir aus könnt ihr euch heiraten, wenn ihr genug Geld zusammen habt.“

Emmi wird sentimental, verliert ein paar Tränen. Das sieht der Vater, wird mißtrauisch.

„Oder pressiert's bei euch, daß ihr heiraten müßt?“

„Nec, wir haben uns bloß so unsinnig lieb“, sagt Hans, ohne mit einer Wimper zu zucken.

„Was meinst du, Mutter, soll er sie haben?“

Die Mutter nickt mit dem Kopf, auch ihr kullern ein paar glänzende Tropfen die dicken Backen herab. Emmi setzt sich ihr auf den Schoß, umhastet sie voller Freude: „Muttechen, mein Muttechen.“

Günther entkorkt die Flaschen, Kowalski holt eigenhändig Gläser herbei. Nicht so kleine, zerbrechliche Dinger, wie man sie in den Wirtschaften bekommt, und in die nur ein Fingerhut voll hineingeht. Vater Kowalskis Gläser sind richtige, dickbauchige Schnapsgläser, wie man sie schon zu Urgroßvaters Zeiten gebrauchte, und aus denen man einen gehörigen Schluck schmettern kann. Hans gießt die Gläser voll. Junge, Junge, denkt er, da geht ja bald ein halber Schoppen in jedes. Emmi stößt ihn an.

„Hans, die Ringe.“

„Ach ja, das hätte ich bald vergessen. Zum Verloben gehören ja auch Ringe.“ Damit holt er das Kästchen aus der Tasche, streift Emmi einen schmalen Goldreifen auf den Ringfinger, dann sich den anderen.

Allgemeine Freude — Zutrinken — Glückwünsche.

„Auf das Wohl der Neuverlobten“, sagt Vater Kowalski würdevoll, leert sein Glas in einem Zuge. Günther und Hans trinken nur bis zur Hälfte leer, die Frauen nippen an ihrem Likör.

„Brr, was ist das Zeug scharf“, schüttelt Günther sich, als er das Zeug hinter der Binde hat.

„Is doch grade gut für'n Bergmann“, lacht Kowalski. „Schnaps spült den Kohlendreck aus der Kehle. Jeden Tag müßt man einen Schoppen haben, nach der Schicht.“

Hans schüttet dessen Glas sofort wieder voll. Als Kowalski sieht, daß die beiden Freunde nicht mittrinken, zieht er die Brauen hoch.

„Nanu, mögt ihr keinen mehr?“

„Sie müssen schon entschuldigen“, sagt Günther. „Wir sind keinen Schnaps gewohnt und können daher nicht viel vertragen. In einer halben Stunde wären wir blau.“

„Na, mir soll's egal sein“, brummt Kowalski. „Hier gibt's aber auch gutes Flaschenbier im Lager. Wenn ihr da Appetit drauf habt, könnt ihr ja was holen.“

(Fortsetzung folgt.)

BRUNO GLUCHOWSKI
HOHLEN-KULIS
REVOLTE AN DER RUHR (24)
COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G. M. B. H., BERLIN W 13

Die Frau macht sich am Küchenschrank zu schaffen, um dem Mann nicht ihr ärgerliches Gesicht zu zeigen. Der olle Knicker der. Wie oft hat sie ihn schon gebeten, zu Emmi anders zu sein, ihr mit ein bißchen Liebe und Freundlichkeit entgegenzukommen. Aber er ist derselbe Egoist geblieben, der er immer war, der in erster Linie nur an sich denkt. Am liebsten würde er Emmi den ganzen Lohn abnehmen. Franz, der Junge, liest und lernt. Er ist in der Lampenstube beschäftigt, verdient auch schon ein paar Mark. 25 Pfennig Taschengeld bekommt er Sonntags, und die soll er auch noch sparen. Aber heimlich steckt ihm die Mutter immer ein paar Groschen zu. Mit sechzehn Jahren soll er in die Grube hinein. Dort kann er zunächst Pferdetrreiber werden, dann Schlepper, Gedingeschlepper, Lehrhauer und nach drei Jahren Lehrhauerzeit soll er Hauer werden. Und wenn er dann tüchtig ist, wird er die Bergschule besuchen. Hilfssteiger werden. Reviersteiger, Fahrsteiger und vielleicht noch einmal Betriebsführer. So hoch versteigen sich nämlich die Wünsche seines Erzeugers. Franz muß nun auf Anordnung des Vaters jede freie Stunde zum Lernen benutzen, damit er später bei der Aufnahmeprüfung für die Bergschule nicht durchfällt. Die Mutter nimmt ihren Strickstrumpf zur Hand, setzt sich neben den Vater. Der pafft Rauchwolken vor sich hin, macht Zukunftspläne. Wenn der Franz erst mal Steiger ist, dann wird er, sein Vater, auch nicht mehr so hart zu schuffen brauchen. Dann ...

Die Tür geht auf, ein Kältestrom kommt herein, und mit diesem vier junge Menschen mit lachenden, frostgeröteten Gesichtern. Emmi Kowalski fällt ihrer Mutter um den Hals, gibt ihr einen schallenden Kuß. Dann geht sie auf ihren Vater zu, gibt ihm die Hand.

Die englische Regierung zur Arbeitslosigkeit.

Selt der Protest gegen die Bedürftigkeitsprüfung in England immer lauter wird, ist es sogar Mitgliedern der Regierung aufgefallen, daß gewisse „Unregelmäßigkeiten“ in der Handhabung des Erwerbslosen-Gesetzes auftauchen. Die Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung wird allerdings im Parlament nur von den Arbeiterparteien vertreten. Sogar die linken Liberalen fürchten, daß es den Erwerbslosen zu gut gehen könnte, wenn ihnen — ohne Rücksicht auf ihre persönlichen Verhältnisse — feste Unterstützungssätze zu gebilligt würden.

Seit einiger Zeit erklärt die Regierung, daß sie demnächst dem Parlament ihre neuen Pläne zur Regelung der Bedürftigkeitsprüfung vorlegen würde. Die Prüfung ist bisher von den verschiedenen Gemeinden völlig willkürlich gehandhabt worden. Zum Beispiel erhält in Birmingham eine Einzelperson, die Ersparnisse von mehr als 75 Mark hat, keine Unterstützung, während Erwerbslosen in Glasgow die Unterstützung nur entzogen wird, wenn sie Ersparnisse in Höhe von 1500 Mark haben!

Der Schlußbericht des Erwerbslosenausschusses macht allerdings keine Vorschläge darüber, wie die Lage der Erwerbslosen gebessert und derartige Willkür abgeschafft werden kann, sondern er beschäftigt sich damit, wieviel der Staat an der Erwerbslosenfürsorge noch sparen kann und schlägt Kürzungen der Unterstützungssätze und Herabsetzung der Unterstützungsperiode vor. Eine Minderheit der Kommissionsmitglieder ist für Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung.

In einer Rede im Unterhaus sagte MacDonald über die Erwerbslosenfrage, daß sie durch Förderung der Siedlung und des Wohnungsbaues gelöst werden solle. Derartige Pläne sind in England schon oft entworfen und sogar durchgeführt worden. Die Siedlung ist dabei nicht sehr erfolgreich gewesen, schon deshalb nicht, weil das Land, infolge des Großgrundbesitzes, überbeuert ist. Mit dem Wohnungsbau sind teilweise bessere Erfolge erzielt worden, wenn die gebauten Häuser auch oft für die Arbeiter, die sie am nötigsten hatten, zu teuer waren. Immerhin wäre die Durchführung eines derartigen Planes im Interesse der Überwindung der Wirtschaftskrise zu begrüßen.

Erfolge des Massenprotestes.

Die Todesurteile gegen die Scottsborough-Neger aufgehoben!

Der Oberste amerikanische Gerichtshof, vor dem die Berufung der sieben Negerjungen verhandelt wurde, begründete die Aufhebung der Todesurteile mit der mangelhaften Verteilung, die den Verurteilten bei der ersten Verhandlung zuteil geworden sei. Die Verteidiger seien überhaupt erst am Verhandlungstag gestellt worden.

Die bisherigen Urteile grenzten an Justizmord.

In Amerika stehe auch Negern der verfassungsmäßige Schutz zu.

Vor der Verhandlung kam es zu Kämpfen zwischen der Polizei und etwa 500 Demonstranten, die vor dem Kapitol eine Sympathiekundgebung für die Angeklagten veranstalteten. Die Polizei ging mit Tränengas und Gummiknüppeln gegen die Menge vor, erlaubte aber zum Schluß, daß 50 der Demonstranten der Verhandlung beiwohnten.

Daß die Verhandlung überhaupt wiederaufgenommen wurde und zur Aufhebung des Bluturteils führte, ist ein Erfolg der zahlreichen Proteste, die aus der Arbeiterschaft aller Länder laut geworden sind.

KP-Kundgebungen in Japan verboten.

Das japanische Innenministerium hat eine Verordnung erlassen, durch die sämtliche kommunistischen Kundgebungen zur Feier des 15. Jahrestages der russischen Revolution verboten worden sind. Die Polizei ist angewiesen worden, mit Waffengewalt gegen kommunistische Veranstaltungen vorzugehen.

Henri Barbusse, dem kürzlich die Erlaubnis, in Deutschland Reden zu halten, von der Polizei verweigert wurde, ist einige Tage in London gewesen und hat an mehreren Anti-Kriegs-Kundgebungen teilgenommen. Er erklärte, daß die nach dem Amsterdamer Kongreß gebildeten Anti-Kriegs-Komitees in Frankreich gute Fortschritte machten.

Der richtige Weg.

Vielen weggejagten Sozialdemokraten zur Nachahmung empfohlen.

Der abgesetzte Bürgermeister Stoffregen von Eutin hat gegen den Nazi-Regierungspräsidenten bei der Staatsanwaltschaft in Lübeck Strafantrag wegen Nötigung unter Mißbrauch der Amtsgewalt (§ 339 StrGB) gestellt.

Gegen den nationalsozialistischen stellvertretenden Bürgermeister von Eutin haben ebenfalls bei der Lübecker Staatsanwaltschaft die Altonaer Polizeibeamten, die den Nazi-Bombenattentäter verfolgten, Strafantrag wegen Begünstigung und Gefangenbefreiung gestellt.

Papen aber greift trotz der offensichtlich gestörten staatlichen Ordnung im oldenburgischen Landesteil Eutin bisher nicht ein.

Internationaler Wettbewerb gegen Tierschinderei.

Wir berichteten kürzlich, daß die British Dental Federation (der britische Zahnärzte-Verband) gegen den internationalen Wettbewerb der Fédération Dentaire Internationale protestierte, der brutale Versuche an Hunden zum Zwecke äußerer zweifelhafter Experimente erforderlich macht. Die British Dental Federation hatte eine Gegenaktion in Gang gesetzt, indem sie Preise für die besten Darlegungen der Nutzlosigkeit und Gemeinheit des Wettbewerbs der Fédération Dentaire Internationale aussetzte. Diese Aktion ist jetzt von dem Internationalen Tierschutz-Büro aufgegriffen worden, das die besten Arbeiten, die in englischer, französischer oder deutscher Sprache abgefaßt sein können, mit drei Preisen von je 300 englischen Pfund belohnt.

Es ausgezeichnete Mittel, den „wissenschaftlichen“ Tierquälern auf den Leib zu rücken.

Eine Ausstellung des Hungers.

Die Reichen wollen ihn kennen lernen — allerdings nur bei Anderen!

Kürzlich berichtete eine englische Zeitung über die neueste Schenswürdigkeit der Londoner City:

Hungerkünstler in Fässern!

Zwei junge Mädchen und ein Irländer — natürlich alle erwerbslos — sind die Hungerkünstler, die man am Piccadilly Circus bewundern konnte, wenn man bereit war, zwei Pence Eintritt zu zahlen.

„Es ist kein Spaß dabei!“,

meinte der Chef der „Ausstellung“, als er gefragt wurde, was denn hinter der großspurigen Anzeige für ein Schwindel versteckt sei. Es war wirklich kein Spaß: Hinter dem Vorhang standen drei Fässer mit verschlossenen Deckeln. Kleine Löcher ermöglichten es dem Publikum, die Wesen zu betrachten, die in diesen Fässern eingeschlossen waren, wie Raubtiere in einem engen Käfig.

Hunderte von Erwerbslosen drängen sich darum, die Rolle dieser Schauobjekte zu spielen, um sich durch den Hunger, den sie seit Jahren gewohnt sind, hier in wenigen Tagen Geld zu verdienen. Die Prämien sind hoch: Für vier Tage Fasten erhält ein Mädchen vier Pfund Sterling (1 Pfund = 15 Mark), ein Mann zwei Pfund Sterling. Für zehn Tage Fasten ist der Satz 100 Pfund für Mädchen und 50 Pfund für Männer.

Das bezahlt die herrschende Klasse, um sich an dem Elend der Ausgebeuteten zu belustigen!

Ende des englischen Spinnerstreiks.

Nachdem die Urabstimmung der englischen Spinner über die Fortsetzung des Streiks nicht die erforderliche Mehrheit von 80 Prozent ergeben hat, haben die Arbeiter den Aufruf der Gewerkschaften, in die Betriebe zurückzukehren, befolgt. Der Streik, der eine Woche lang gedauert hat, hat zu keinem Erfolg der Arbeiter geführt: die von den Gewerkschaftsführern mit den Unternehmern vereinbarte siebenprozentige Lohnsenkung bleibt in Kraft.

Streikluft in Berlin.

BVG-Verkehr mit Hindernissen.

Ein Berliner Genosse erzählt: „Als ich gestern durch die X-Straße fuhr, wollte ein schwerer Auto-Lastwagen vor einem Straßenbahnwagen der BVG, der von „Arbeitswilligen“ gefahren wurde, die Straße kreuzen. Da, wie er mitten auf der Fahrbahn ist, dicht vor dem Straßenbahnwagen, bleibt er mit einem Ruck stehen. Die Elektrische muß ebenfalls halten. Der Chauffeur springt vom Sitz, steht nach dem Motor und versucht, ihn mit der Kurbel wieder anzuwerfen. Er strengt sich mächtig an, aber es will nicht gehen, alles Schimpfen des BVG-Wagenführers hilft nichts. Der ganze Verkehr in der Straße liegt still. Grinsend schaut die Menge dem schwitzenden und fluchenden Chauffeur zu. Erst nach langen Bemühungen gelingt es dann, dem Auto-Lastzug wieder in Bewegung zu bringen und die Straßenbahn kann — mit erheblicher Verspätung — wieder weiterfahren.“

Ähnliche Beobachtungen konnte man an einer Baustelle machen: Ein Wagen mit Sand stand auf den Straßenbahngleisen und war nicht herunterzukriegen, als die Bahn ankam. Der Kutscher schrie und knallte mit der Peitsche, aber die Pferde schienen mehr Zeit als die BVG zu haben. Die Umstehenden schauten schweigend zu, keine Hand der

sonst so hilfsbereiten Berliner rührte sich. Zum Ueberfluß waren die Seitenbretter des Sandwagens nicht ganz dicht, und fortgesetzt rieselte Sand zwischen die Schienen, sodaß die Geleise erst ausgefegt werden mußten, ehe die Straßenbahn nach Beseitigung des Hindernisses endlich fortfahren konnte.

Stahlhelm-Streikbrecher verprügelt!

In den Gummiwerken Roland in Bremen, in denen schon seit einiger Zeit gestreikt wird, arbeiten betriebsfremde „Stahlhelmer“ als Streikbrecher. Als diese Montag früh zur Arbeit gingen, kam es zu Zusammenstößen, in deren Verlauf ein „Stahlhelmer“ im Gesicht verletzt wurde, drei Personen wurden verhaftet.

Streik der Berliner Maßschuhmacher.

Die seit dem 1. November im Streik stehenden Berliner Maßschuhmacher lehnten einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der statt des geplanten fünfzehnprozentigen Lohnraubs vorsah, in ihrer Branchenversammlung am Sonnabend fast einstimmig ab. Die Versammlung sprach sich für verschärfte Fortführung des Streiks aus. Die Kampf Stimmung der Schuhmacher ist günstig; auch für die Zukunft werden Lohnkürzungen energisch abgelehnt. Weitere Betriebe haben sich den Streikenden angeschlossen.

Streik in der Thüringer Porzellan-Industrie.

Die Belegschaft von über 950 Arbeitern der Porzellanfabrik Kahla ist am Montag geschlossen in den Streik getreten. Wegen einer geplanten Kürzung der Löhne um zwei Drittel der in der Notverordnung vorgesehenen Sätze für die 31. bis 40. Wochenstunde hatte die Belegschaft schon zum 5. November das Arbeitsverhältnis gekündigt. Verhandlungen hatten sich als ergebnislos erwiesen.

Verbindlichkeit von Schiedssprüchen in China.

Eine neue Arbeiterfessel.

Die chinesische Regierung hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der den Behörden die Möglichkeit geben soll, Schiedssprüche bei Arbeitskonflikten für verbindlich zu erklären.

Die Unternehmer bekämpfen diesen Gesetzentwurf sehr heftig, was wohl hauptsächlich auf einen kürzlich beim Seeleute-Streik in Kanton gefällten Schiedsspruch zurückzuführen ist. Dieser Schiedsspruch verpflichtet die Unternehmer zur Wiedereinstellung eines entlassenen Arbeiters und zur Angleichung der Löhne an die bei den größeren Schiffahrtsgesellschaften geltenden Sätze. Künftige Entlassungen müssen dem Kantoner Verband der Seeleute mitgeteilt werden, damit er Ersatzkräfte bestimmen kann. Ein Verstoß gegen diese Bestimmung wird mit einer Geldstrafe von 1000 Kanton-Dollar (etwa ebensoviel Mark) zugunsten des Verbandes geahndet.

Daß die Verbindlichkeit von Schiedssprüchen, trotz dieses Protests der Unternehmer, für die Arbeiter nicht wünschenswert ist, das geht — abgesehen von den Erfahrungen der deutschen Gewerkschaften — auch aus einer kürzlich veröffentlichten Verordnung der Gemeindeverwaltung von Groß-Schanghai hervor. Auf Grund dieser Verordnung unterstehen alle Arbeitskonflikte der amtlichen Schlichtung. Streiks und Aussperrungen sind verboten.

Deutsche Friedensgesellschaft.

Donnerstag, den 10. November, 20 Uhr, Mitgliederversammlung in Kijems Festsaal, Hasenheide 13/15. 1. Bericht über den Bundestag in Bruchsal. 2. Vortrag von Dr. Lilli Ehrenfried: „Eindrücke einer Reise durch Sowjetrußland“, mit Lichtbildern.

Erstklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge
Mäntel
Damen-Mäntel
Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
Johannisbergstr. 10, III.
Stoffmuster
vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 8 Wedding 2358
Bei Vorz. d. Inserates 5% Rabatt!
Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Freunde
und Leser des
„Funkens“!
Unterstützt
Eure
Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen
unsere Inserenten!



Was tust Du

für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit **Klebmarken** mit dem Einheitszeichen. — Bestelle die Klebmarken noch heute bei der **Buchdruckerei Oscar Wettig, Gelnhausen, Hessen-N.**

Es kosten bei Voreinsendung des Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 8,— Mark. — Zusendung unter Nachnahme zuzüglich 80 Pf. Nachnahmegebühr.

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords

günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei

Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

Maßarbeit erstklassig und billig

Herren-Anzüge / Mäntel / Damen-Kostüme
Aufbügeln und Reparaturen

ALFRED ARENSBERG
Berlin - Reinickendorf - Ost
Hinter der Dori-Aue 14

BERLIN
KAMERA
DIE Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987
Des großen Erfolgs wegen 2. Woche verlängert!
Die off. Uraufführung des Sowkino-Films:
„Waldmensch“
Regie: Alex Litwinow.
Beiprogramm: Uraufführung „Diamanten“.
Neue Fassung Fischinger Nr. 8.
„Riesin des Urwaldes“.
„Das Gesicht des Tieres“.
Anfangszeit: 15. 17. 19 und 21 Uhr.

Für den Befreiungskampf des Proletariats

ist besonders in der heutigen Situation weitgehend eine Neuorientierung in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“

Wer die Schriften kennenlernen will, in denen die Theorie niedergelegt worden ist, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, der fordere zunächst die unentgeltliche Zusendung des neuen Verzeichnisses unserer politischen Schriften.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a
Postcheckkonto: Berlin Nummer 313 42

Wahlergebnisse in den Großstädten.

Ueber 200000 Einwohner.

	KPD	SAP	SPD	StP	Ztr. bzw. BVP	DVP	Chr.-Soz.	DNVP	NS
Altona:									
Reichst.-W. Nov. 32	33 106	—	40 533	3 830	2 267	4 066	1 323	13 286	46 774
Reichst.-W. Juli 32	28 526	—	44 872	4 062	2 610	2 429	926	7 038	56 059
Berlin:									
Reichst.-W. Nov. 32	860 579	2736	646 266	39 138	123 410	30 602	14 033	313 811	719 745
Reichst.-W. Juli 32	721 272	3760	721 145	40 757	130 518	19 669	11 511	218 430	754 738
Reichstagswahl 30	739 235	—	738 094	145 260	97 997	99 112	—	351 277	395 988
Bochum:									
Reichst.-W. Nov. 32	39 584	21	81 445	386	88 895	3 257	4 641	10 322	48 900
Reichst.-W. Juli 32	37 867	453	35 015	468	39 689	2 228	3 571	7 110	53 484
Reichstagswahl 30	34 359	—	35 587	1 961	35 077	11 487	—	7 420	31 238
Bremen:									
Reichst.-W. Nov. 32	32 440	—	57 742	2 216	4 614	16 758	1 012	32 747	38 475
Reichst.-W. Juli 32	25 347	—	62 463	2 258	5 088	8 231	873	22 821	55 126
Breslau:									
Reichst.-W. Nov. 32	44 325	5246	88 457	4 482	45 332	3 044	3 171	24 621	151 716
Reichst.-W. Juli 32	38 853	6607	96 754	3 332	42 061	1 944	3 050	16 422	162 069
Reichstagswahl 30	33 327	—	117 761	12 589	45 706	13 105	—	29 750	87 278
Chemnitz:									
Reichst.-W. Nov. 32	47 695	—	59 227	1 729	1 883	3 626	3 103	13 347	79 766
Reichst.-W. Juli 32	44 843	—	57 459	1 759	2 011	1 534	3 511	8 240	88 754
Dortmund:									
Reichst.-W. Nov. 32	97 936	570	63 499	1 295	57 155	5 732	6 715	21 266	55 547
Reichst.-W. Juli 32	88 988	960	75 601	1 866	59 267	4 289	6 046	15 561	62 594
Reichstagswahl 30	60 555	—	84 865	7 478	51 906	25 834	—	11 644	24 934
Dresden:									
Reichst.-W. Nov. 32	64 515	88	123 185	8 108	7 231	22 522	4 310	36 185	134 333
Reichst.-W. Juli 32	53 359	—	152 384	8 613	3 047	15 364	2 617	22 679	150 499
Düsseldorf:									
Reichst.-W. Nov. 32	78 778	445	81 671	706	61 181	10 886	2 227	21 240	64 007
Reichst.-W. Juli 32	74 154	601	37 095	702	65 779	4 687	1 944	15 725	84 702
Reichstagswahl 30	72 027	—	42 168	6 431	60 838	21 096	—	13 560	39 170
Duisburg-Hamborn:									
Reichst.-W. Nov. 32	63 846	418	27 752	412	47 568	4 162	2 584	16 501	54 657
Reichst.-W. Juli 32	62 465	668	31 591	561	52 030	2 865	2 508	13 529	63 775
Reichstagswahl 30	57 687	—	34 459	3 154	46 223	10 447	—	12 622	41 157
Essen:									
Reichst.-W. Nov. 32	89 248	320	41 135	573	109 443	5 011	6 381	21 876	75 751
Reichst.-W. Juli 32	94 214	516	47 491	657	115 221	2 700	5 733	14 843	89 809
Reichstagswahl 30	88 742	—	50 362	4 910	98 032	13 697	—	13 863	52 434
Frankfurt a. M.:									
Reichst.-W. Nov. 32	62 483	?	79 933	4 883	40 905	18 252	5 380	13 190	118 844
Reichst.-W. Juli 32	45 095	1069	85 913	2 303	46 194	7 398	3 917	8 684	127 261
Reichstagswahl 30	49 441	—	89 714	19 121	35 659	28 896	—	7 135	68 498
Gelsenkirchen:									
Reichst.-W. Nov. 32	52 795	225	21 363	301	41 772	3 624	3 108	10 549	32 962
Reichst.-W. Juli 32	52 618	285	23 115	30	44 079	3 404	2 312	7 578	40 699
Reichstagswahl 30	45 527	—	23 897	1 789	40 570	14 935	—	10 624	17 871
Hamburg:									
Reichst.-W. Nov. 32	160 814	615	201 156	89 269	12 744	23 049	6 808	64 017	191 216
Reichst.-W. Juli 32	128 868	?	220 741	49 441	14 548	13 384	6 159	35 004	233 465
Hannover:									
Reichst.-W. Nov. 32	37 673	276	98 818	?	12 515	7 206	2 492	23 265	101 802
Reichst.-W. Juli 32	27 150	340	106 101	2 571	13 155	4 341	1 302	12 980	115 987
Reichstagswahl 30	18 106	—	129 466	7 011	11 664	23 396	—	11 858	59 383
Kiel:									
Reichst.-W. Nov. 32	13 510	142	41 570	1 022	2 048	2 888	670	13 155	57 391
Reichst.-W. Juli 32	15 532	?	45 219	1 165	2 193	1 588	528	7 252	62 830
Köln:									
Reichst.-W. Nov. 32	91 673	369	65 056	1 567	101 578	10 348	1 984	20 692	76 315
Reichst.-W. Juli 32	91 129	586	75 411	1 362	116 112	5 691	1 627	12 485	100 519
Reichstagswahl 30	67 636	—	77 288	17 586	99 454	26 770	—	6 613	70 280
Königsberg:									
Reichst.-W. Nov. 32	87 937	—	87 599	2 010	4 651	6 072	3 236	17 657	63 215
Reichst.-W. Juli 32	83 880	—	37 900	1 767	4 715	3 032	3 443	10 567	75 697
Reichstagswahl 30	36 994	—	36 633	6 556	4 152	21 881	—	11 493	53 510
Leipzig:									
Reichst.-W. Nov. 32	100 093	?	158 453	7 063	6 455	20 298	4 289	34 247	128 053
Reichst.-W. Juli 32	89 188	?	150 220	8 684	6 545	12 649	3 433	19 693	142 093
Magdeburg:									
Reichst.-W. Nov. 32	23 576	125	65 093	2 257	4 403	6 147	895	18 489	61 895
Reichst.-W. Juli 32	24 428	163	69 376	2 907	4 707	3 504	773	8 240	73 805
Reichstagswahl 30	25 005	—	75 347	9 677	4 036	18 296	—	10 871	38 089
Manheim:									
Reichst.-W. Nov. 32	36 040	?	24 299	4 331	22 510	5 110	3 002	5 864	38 686
Reichst.-W. Juli 32	34 033	?	37 627	2 795	24 054	2 767	3 984	2 955	45 852
München:									
Reichst.-W. Nov. 32	75 479	354	78 959	1 776	94 958	3 369	2 882	25 336	94 961
Reichst.-W. Juli 32	60 770	712	87 172	2 005	105 268	3 051	3 085	11 850	112 458
Reichstagswahl 30	40 189	—	81 510	—	110 542	15 242*	3 747	9 387	86 607
Nürnberg:									
Reichst.-W. Nov. 32	33 001	271	77 355	3 014	20 645	2 913	5 840	15 957	81 630
Reichst.-W. Juli 32	31 404	—	84 045	1 799	20 985	1 330	4 833	7 457	95 115
Reichstagswahl 30	20 282	—	96 400	?	20 740	17 499*	3 952	6 005	60 104
Stettin:									
Reichst.-W. Nov. 32	23 509	—	33 235	1 052	2 653	3 291	1 739	18 818	57 871
Reichst.-W. Juli 32	23 993	—	40 885	1 286	3 143	1 899	1 575	12 940	62 093
Stuttgart:									
Reichst.-W. Nov. 32	47 654	?	53 399	9 716	31 516	6 715	9 876	24 314	53 577
Reichst.-W. Juli 32	36 918	?	61 866	7 199	22 407	3 741	8 318	16 830	60 208
Wuppertal:									
Reichst.-W. Nov. 32	63 143	237	87 159	806	25 504	4 579	5 109	23 555	90 722
Reichst.-W. Juli 32	58 085	340	39 681	1 021	25 791	2 476	3 987	14 932	110 764
Reichstagswahl 30	57 805	—	42 732	8 635	24 377	10 109	—	17 829	58 756

*) mit WiP.

Wie wählen die Länder?

Vergleichung der Mandatszahlen.

Eine Umrechnung der Wahlergebnisse vom 6. November 1932 würde das folgende Bild ergeben:

Bayern

	24. April 1932	6. Nov. 1932
KP	8	14
SP	20	21
BVP	41	44
DNVP	3	4
B-Bund	9	5
NS	43	40

Bremen

	30. Nov. 1930	6. Nov. 1932
KP	12	20
SP	40	37
StP	5	1
Ztr.	2	3
DVP	15	10
DNVP	6	21
Splitter	8	3
NS	32	25

Hamburg

	24. April 1932	6. Nov. 1932
KP	26	35
SP	49	46
StP	18	8
Ztr.	2	3
DVP	5	5
Chr. Soz.	1	2
DNVP	7	15
NS	51	43
Splitter	1	3

Hessen

	19. Juni 1932	6. Nov. 1932
KP	7	10
SAP	1	—
SP	17	17
Ztr.	10	10
DVP	1	2
DNVP	1	2
Landbund	1	—
NS	32	29

Mecklenburg-Schwerin

	5. Juni 1932	6. Nov. 1932
KP	4	7
SP	18	18
DVP	1	1
DNVP	5	10
NS	30	23

Oldenburg

	29. Mai 1932	6. Nov. 1932
KP	2	4
SP	9	10
StP	1	—
Ztr.	7	8
DVP	—	1
Landvolk	1	—
DNVP	2	4
NS	24	19

Norwegen in der Krise.

Dort fehlt Massenarbeitslosigkeit und - Großgrundbesitz.

Die Zahl der auf den öffentlichen Arbeitsämtern eingetragenen Arbeitslosen betrug Mitte September 31 000. Ein Jahr vorher waren es 27 000. Zur Zeit ist — nach der amtlichen Statistik —

in Norwegen also nur jeder neunzigste Einwohner arbeitslos, während in Deutschland jeder zehnte Einwohner arbeitslos ist.

Die norwegische Maschinen-Industrie ist nach den vorliegenden Berichten „relativ normal“ beschäftigt. Die Belegschaft in Akers Mek. Verksted beträgt zur Zeit 1000 Mann; bei voller Beschäftigung können dort 1500 Mann beschäftigt werden.

In der Textil-Industrie wird der Beschäftigungsgrad, auch nach Vorübergehen der im Zusammenhang mit der Aufhebung des Goldstandards eingetretenen Belebung, als „normal“ bezeichnet. Der Auftragseingang reicht angeblich gerade aus, die Fabriken normal zu beschäftigen.

Nach der Statistik ist das Volkseinkommen zwar bis zum Dezember 1931 um etwa 10 Prozent gegenüber dem Höchststand zurückgegangen. Doch wird in Norwegen darauf hingewiesen, daß die heimische Kaufkraft nicht bedeutend zurückgegangen ist. Die Erklärung ist nach Ansicht des „Morgenbladet“, einer bürgerlichen Zeitung, nicht, daß Norwegen reicher sei als andere Staaten. Aber in Norwegen sei

der Verbrauch im Verhältnis zu den Einnahmen höher, und überdies halte die Wirtschaft öffentlicher Stellen — Staat und Kommunen — den Verbrauch auf einem unverhältnismäßig hohen Niveau. Jene Zeitung fährt fort: Für die norwegische Industrie sei diese Art der Wirtschaftsführung ein zweischneidiges Schwert; denn was sie am erhöhten Verbrauch verdiene, müsse sie auf der Steuerseite wieder zusetzen. — Sehen wir von dieser beweglichen Klage von Kapitalisten über den zu hohen Verbrauch hier ab. Gerade durch den beklagten Umstand wird sicherlich die Krisenfestigkeit des Landes stark erhöht; allerdings werden dadurch natürlich die den Kapitalisten nach Zahlung der Steuern verbleibenden Profite nicht erhöht! Doch bedauern wir das nicht.

Wir nennen zunächst noch einige anderen Umstände, die dazu geführt haben, daß die Geschäftstätigkeit nur langsam zurückgeht (wie das Deutsche Konjunkturforschungs-Institut Ende Oktober berichtete). Die Entwertung der Währung erschwert die ausländische Konkurrenz auf dem norwegischen Markt, insbesondere die deutsche Konkurrenz. Das Steigen der Beschäftigung in der Textil- und der Schuh-Industrie ging also wohl auf Kosten der Beschäftigung in Deutschland.

Ein anderer zur Erklärung der Lage wichtiger Umstand: Im vorigen Jahr haben langdauernde Arbeitskämpfe während der Zeit von März bis September stattgefunden; dadurch

waren die Vorräte stark gelichtet worden, sie mußten wieder aufgefüllt werden. Insofern erfolgt die verhältnismäßig gute Beschäftigung der Arbeiter in der Gegenwart auf Kosten des Lohnausfalls norwegischer Arbeiter während jener Arbeitskämpfe.

Eine starke Belastungsprobe für Norwegen bedeutet die schlechte Lage der Schifffahrt. Auch die Währungsentwertung führte zu keiner erhöhten Beschäftigung der norwegischen Handelsflotte. Da deren Bedeutung in Deutschland wohl meist unterschätzt wird, fügen wir hier einige Zahlen ein.

Handelsflotten.			
Norwegen		Deutschland	
Zahl der Schiffe	Raumgehalt in Bruttoregister-tonnen	Zahl der Schiffe	Raumgehalt in Bruttoregister-tonnen
1914 . .	2191	2388	5 459 000
1932 . .	2003	2151	4 165 000

Norwegen, das nur 2 800 000 Einwohner hat, hat also gegenwärtig etwa ebensoviel Handelsschiffe mit ebensoviel Raumgehalt wie Deutschland! (Schiffe unter 100 Bruttoregister-tonnen sind in beiden Ländern von der Statistik nicht erfaßt.)

Da auf den Einwohner in Norwegen 1,5 Bruttoregister-tonnen entfallen, in Deutschland aber nur 0,06, ist klar, daß das Darniederliegen der Schifffahrt Norwegen hart getroffen hat.

Um so erstaunlicher, daß es der Krise verhältnismäßig gut stand gehalten hat! Wie ist das überhaupt möglich?

Ohne hier in eine Einzeluntersuchung einzutreten, schließen wir diesen Bericht mit einer Statistik über die landwirtschaftliche Besitzverteilung 1917 (eine neuere Statistik steht uns nicht zur Verfügung).

Landwirtschaftliche Fläche	Zahl der Besitzungen	in Prozenten der Gesamtzahl
bis 2 Hektar	86 578	41,7
2 bis 5 Hektar	63 665	30,7
5 bis 20 Hektar	51 008	24,6
20 bis 50 Hektar	5 794	2,8
50 bis 100 Hektar	364	0,2
über 100 Hektar	31	0,0

Norwegen ist also ein Land nahezu ohne Großgrundbesitz.

30 Prozent der Erwerbstätigen leben von Landwirtschaft; sie sind fast sämtlich Klein- und Mittelbauern. Das ist eine wichtige, wahrscheinlich die entscheidende Grundlage für Norwegens verhältnismäßige Widerstandsfähigkeit gegenüber der Krise.

Steuerbelastung der Kraftfahrzeuge in Schweden und Deutschland.

Das soeben vorgelegte Ergebnis der schwedischen Automobilsteuer für das Haushaltsjahr 1931/32 reizt zur Vergleichung mit der deutschen Automobilbelastung.

Die schwedischen Autosteuern erbrachten insgesamt 58,8 Millionen Kronen (rund 43 Millionen Mark). Davon entfallen

18,2 Millionen Kronen auf die Automobil-Pauschal-Steuer, 6,6 Millionen Kronen auf die Reifen-Steuer und 34 Millionen Kronen auf die Benzin-Steuer.

Von den Gesamteinnahmen aus diesen Steuern müssen laut Gesetz 7,3 Millionen Kronen zur Instandhaltung der Straßen verwandt werden. Von dem Rest gehen 20 Prozent an die Städte und 80 Prozent an die Landgemeinden, die auf diese Weise den größten Teil der Steuern für Straßenbau erhalten.

Auf wieviel Kraftfahrzeuge ruht die schwedische Steuerbelastung? Anfang 1931 gab es in Schweden 144 500 Kraftwagen, außerdem 57 000 Kraftträder.

In Deutschland gab es zum selben Zeitpunkt rund 700 000 Kraftwagen, wozu 800 000 Kraftträder kamen.

In Deutschland gab es also vier bis fünf Mal so viel Autos bei rund zehn Mal so viel Einwohnern.

Wie groß ist die steuerliche Belastung der Kraftfahrzeuge in Deutschland? Der „Deutsche Volkswirt“ schätzt sie neuerdings (in Nr. 5, vom 4. November) auf rund 500 Millionen Mark im Jahr: In den Preisen für Betriebsstoff und Öl sind etwa 275 Millionen Mark jährlich an Zöllen, Steuern und Abgaben enthalten. Den Zuschuß der Kraftfahrer an die Landwirtschaft — infolge des Spritbeimischungszwanges — schätzt

der „Deutsche Volkswirt“ auf jährlich 45 Millionen Mark, die Kraftfahrzeugsteuer auf jährlich rund 180 Millionen Mark. Macht zusammen rund 500 Millionen Mark jährlich.

Die Belastung pro Auto ist in Deutschland mehr als doppelt so hoch; aber auch die Belastung pro Einwohner ist, trotz der geringeren Verbreitung des Autos, in Deutschland höher als in Schweden.

Entlastung des Autoverkehrs? Aber auf wessen Kosten?

Nach Ueberwindung der Krise wird die Frage brennend, ob weiterhin der Autoverkehr — zu Gunsten der Eisenbahnen! — in Deutschland so stark wie zur Zeit durch Steuern gedrosselt werden soll. Während der Krise sollte aber in erster Linie die Frage erörtert werden, ob die Belastung der Autobenutzer durch Subventionsleistungen bestehen bleiben soll.

Es sind ganz wenige Interessenten, die subventioniert werden: die schwerindustriellen Benzolverzeiger, einige wenige Betriebe, die im Inland Benzin erzeugen, außerdem infolge des Spritbeimischungszwanges die landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereten. Nach einer unwidersprochen gebliebenen Behauptung erfolgt die Spritbeimischung fast ausschließlich zu Gunsten von nur rund 1800 Großagrariern, die 87 Prozent des Kartoffelspirits herstellen.

Ehe die Stützung der Staatsfinanzen durch die Autosteuern abgebaut wird, sollen jene Subventionen abgebaut werden! Diese Forderung ist eindeutig und gerecht. Sie wird daher von der gegenwärtigen Reichsregierung aller Voraussicht nach nicht erfüllt werden.

Kupferkrieg.

Kupfer erreichte 1930 noch einen Preis von 18 cents für ein (englisches) Pfund. Nach einem Sturz bis auf 5,25 cents hat sich der Preis seit August dieses Jahres langsam erholt bis auf 6,25 cents. Neuerdings erfolgte wieder ein Abrutsch bis auf 5,75 cents. Wahrscheinlich ist er nicht nur eine ungewollte Folge mangelnder Kaufkraft, sondern ist außerdem und vielleicht in der Hauptsache ein gewolltes Kriegsmittel im Kupferkrieg, in dem zur Zeit mehrere Fronten gegen einander stehen:

Erstens wollen anscheinend die übrigen großen amerikanischen Kupferproduzenten die American Metal Co. durch scharfe Preiserhöhungen aktionsunfähig machen. Diese Firma hatte im früheren Kartell bereits eine Sonderstellung; sie verarbeitet nicht wie die übrigen in erster Linie Kupfer aus den USA, sondern zum größten Teil Kupfer aus Mittel- und Südamerika. Nach der Einführung des amerikanischen Kupferzölles ist es ihr unmöglich, die aus ausländischem Rohmaterial gewonnenen Kupfermengen in Amerika abzusetzen; sie will es offenbar versuchen mit dem Absatz nach Europa. Dort würde sie den übrigen amerikanischen Produzenten eine erhöhte Konkurrenz bereiten. Diese machen daher den Versuch, die American Metal Co. durch niedrige Kampfpreise klein zu bekommen und dann aufzukaufen. Vielleicht verschärft ihrer-

seits, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, die American Metal Co. den Preiskampf, um die anderen amerikanischen Gruppen zu zwingen, ihr gute Uebernahmebedingungen zu gewähren.

Daneben gibt es im Kupferkrieg noch eine Front USA gegen Britisches Weltreich. Die englische Kupferzollvorlage soll die Verbraucher im Britischen Weltreich den englischen Kupferproduzenten zuführen. Diese sollen allerdings die Verpflichtung übernehmen, die Verbraucher im Britischen Weltreich zu Weltmarktpreisen zu beliefern. Der Zoll soll ihnen also nur einen Markt sichern, nicht einen Monopolpreis. Immerhin wird durch ihn der Anreiz zur Schaffung neuer Produktionsanlagen im Britischen Weltreich gesteigert, einem „normalen“ Elektrolyt-Kupferbedarf im Weltreich von 175 000 Tonnen jährlich steht eine Erzeugungsfähigkeit von nur 100 000 Tonnen gegenüber. Die Amerikaner hoffen nun offenbar, daß sie bei Niederhaltung der Preise am raschesten zu einer Verständigung mit den englischen Interessenten gelangen, denen gewissermaßen demonstriert wird, wie es mit der Rentabilität neuer Produktionsanlagen bei niedrigen Preisen aussehen würde.

Zur Zeit sind bei beiden Kämpfen die Konsumenten die lachenden Dritten. Ihre Stellung ist nicht schlecht, da die Weltkupfervorräte 800 000 bis 1 000 000 Tonnen betragen. Aber, wenn diese Vorräte weggeschmolzen sind, was dann?

Handelspolitik?

Finnland: Die finnische Regierung hat sich entschlossen, der Osloer Zollkonvention beizutreten. Bisher sind Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien und Luxemburg an die Konvention angeschlossen, in der sich die Teilnehmer verpflichtet haben, nur unter bestimmten Voraussetzungen die Zollsätze zu erhöhen.

Tschechoslowakei-Schweiz: Die Tschechoslowakei und die Schweiz haben sich über gewisse Erleichterungen im gegenseitigen Handelsverkehr geeinigt: Die Schweiz bewilligt ein nachträgliches Kontingent für tschechische Gerste und Hafer; die Tschechoslowakei gestattet die Einfuhr von Hutfilzen, beziehungsweise setzt die Einfuhrzölle dafür herab. Weitere ähnliche Abmachungen sollen folgen.

Deutschland-Schweiz: Ende voriger Woche ist in Bern ein neues Wirtschaftsabkommen unterzeichnet worden, das die dringendsten Fragen der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen regelt. Den Schweizern werden darin von deutscher Seite Erleichterungen im Devisenverkehr eingeräumt, und für eine Reihe Schweizer Ausfuhrwaren werden die deutschen Zölle herabgesetzt. Die Schweiz gesteht den Deutschen Zollermäßigungen und erhöhte Einfuhrkontingente für eine Reihe deutscher Waren zu.

Oesterreich-Deutschland: In Wien finden zur Zeit deutsch-österreichische Verhandlungen über Vorzugszölle statt. Von österreichischer Seite wurde eine Forderungsliste für die Handelsvertragsverhandlungen überreicht, die auch Industrie-Vorzugszölle enthält. Von deutscher Seite scheint man geneigt, Oesterreich diese Vorzugszölle zu gewähren. Bei den deutsch-österreichischen Verhandlungen handelt es sich vor allem um die Frage, wie die Vorzugszollabmachungen den interessierten meistbegünstigten Staaten (Tschechoslowakei, Italien und England) so schmackhaft gemacht werden, daß sie nicht protestieren.

Schweden: Der schwedische Kronrat hat die schwedische Handelsabordnung ausgewählt, von der die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland geführt werden sollen. (Den deutsch-schwedischen Handelsvertrag hat bekanntlich die Junker-Regierung gekündigt, um freie Hand zu haben für den „neuen“ handelspolitischen Kurs.)

Skandinavien: Vertreter Schwedens werden im letzten November-Drittel zu Zollverhandlungen nach England kommen. An die Verhandlungen mit ihnen werden sich Besprechungen mit dänischen und norwegischen Vertretern anschließen.

Deutschland-England: Im Dezember werden deutsch-englische Handelsvertragsverhandlungen eröffnet werden. Die Deutschen werden bei dieser Gelegenheit Ersatz für den Schaden fordern, den der deutsche Außenhandel durch die englischen Schutzzölle erlitten hat. Die Engländer werden versuchen, die deutschen Einfuhrbeschränkungen für englische Kohle wegzuhandeln.

Frankreich: Der französische Handelsminister erklärte, daß der deutsch-französische Handelsvertrag aus dem Jahr 1927 den gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr entspreche. Man müsse ihn ändern, könne dies aber ohne Kündigung durch Verhandlungen erreichen. Frankreich wolle vor allem seine Tariffreiheit wieder erhalten und verlange Gegenseitigkeit in der Behandlung, keine arithmetische Gleichheit, wohl aber Gleichheit in den Konzessionen und Vorteilen.

Oesterreich: Der österreichische Finanzminister Dr. Weidenhoffer sagte kürzlich in seiner Budget-Rede: „Wären wir die letzten in Europa, die zu den Devisenvorschriften und Zwangsmaßnahmen zu greifen gezwungen wären, so hoffen wir, vielleicht die ersten zu sein, die wieder den Weg ins Freie finden.“

Kauft nationales Papier!

In der sozialdemokratischen spanischen Zeitung „El Socialista“ vom 1. November steht in großer Aufmachung folgende Bekanntmachung: „Kauft nationales Papier. Es ist nicht teurer als das ausländische und ist besser. . . Die nationale Industrie und der spanische Arbeiter verdienen, daß unter gleichen Bedingungen die in Spanien hergestellten Produkte bevorzugt werden. . .“

Da die Menschen ohnehin die bessere Ware kaufen, wenn sie den gleichen Preis hat wie die schlechtere, so wäre jene Bekanntmachung, die ohne Unterschrift erscheint, reichlich überflüssig! Es handelt sich also vermutlich darum, schlechteres „nationales“ Papier an den Mann zu bringen.

Gerade Spanien, das auf den Absatz seiner Früchte im Ausland angewiesen ist, hat allen Grund die deutschen Autarkie-Tollheiten nachzumachen! H. P. (Madrid).

IRLAND

Ein „Lichtblick“ im Zolltarif: Geschäftsbücher der Gewerkschaften zollfrei! Geschäftsbücher der Gewerkschaften, die zur Revision nach England geschickt werden und dann nach Irland zurückkommen, dürfen nach Irland zollfrei eingehen. Die Monats-, Vierteljahres- und Jahresberichte der Gewerkschaften sind schon seit einiger Zeit zollfrei. — Hoffentlich kämpfen nun die irischen Gewerkschaften um so kräftiger um eine Verbreiterung dieser winzigen Zolllucke!

HOLLAND

Ein Mehlkartell! Zwischen sämtlichen holländischen Mehlfabrikanten und den Bäckerverbänden ist folgendes Uebereinkommen getroffen worden: Die Mehlfabrikanten verpflichten sich, kein Mehl an Bäcker abzugeben, die ihr Brot unter einem bestimmten Preise verkaufen; die Bäcker verpflichten sich, Mehlfabrikanten, die diese Abmachung nicht einhalten, ihrerseits zu boykottieren. Bäcker, die die Abmachung nicht unterzeichnen, sollen Mehl bei einem zentralen Verkaufsbüro nur über dem vereinbarten Preis erhalten.

UNGARN

Kartellaufösungen am laufenden Band: Das ungarische Kohlenkartell ist aufgelöst worden. Der Handelsminister Fabinyi wandte seine Aufmerksamkeit darauf anderen Kartellen zu, mit Erfolg: Am Mittwoch haben sich auf seine Veranlassung die Drahtkartelle und Steinbruchkartelle aufgelöst. — Alles sehr schön! Aber sind auch die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß die Kartelle nicht insgeheim weiterlaufen?

ENGLAND

Neue Anleihe zu 3 Prozent: Das Schatzamt hat eine Anleihe in Höhe von 300 Millionen Pfund (rund 4,5 Milliarden Mark) aufgelegt, um so die Einlösung alter höherprozentiger Anleihen und Schatzanweisungen finanzieren zu können, die in der Zeit vom 1. Dezember bis 1. Februar fällig werden. Die Zeichnungslisten wurden nach 3½ Stunden wegen Ueberzeichnung geschlossen! — Ein Zeichen für den niedrigen Zinssatz, selbst in Großbritannien mit seiner Pfundentwertung. Das Deutsche Reich würde zu diesem Zinssatz zur Zeit sicher keinen Kredit bekommen!